



#cnetz e.V. / Scharnhorststr. 24 / 10115 Berlin

Enquetekommission III  
Landtag NRW  
Postfach 10 11 43  
40002 Düsseldorf

**Nur per Email: [anhoerung@landtag.nrw.de](mailto:anhoerung@landtag.nrw.de)**

**#cnetz e.V. - Geschäftsstelle**  
Astrid Stadtmüller

**Postalisch**  
**c/o Pickard GmbH**  
**Steuerberatungsgesellschaft**  
Am Raffelnberg 4  
58515 Lüdenscheid

Fon 02351. 97 91 19  
E-Mail  
[a.stadtmueller@stbpickard.de](mailto:a.stadtmueller@stbpickard.de)  
Web <http://c-netz.de>



Volksbank Paderborn-Höxter-Detmold eG  
IBAN DE45 4726 0121 8736 4439 00  
BIC DGPBDE3MXXX

Lüdenscheid, den 06.11.2019

**Schriftliche Anhörung der Enquetekommission III**  
**Kommunalpolitisches Ehrenamt und politische Partizipation stärken**  
**Enquetekommission „Subsidiarität und Partizipation. Zur Stärkung der (parlamentarischen) Demokratie im föderalen System aus nordrhein-westfälischer Perspektive“**

Sehr geehrte Damen und Herren,

als digitalpolitischer Verein, dessen Mitglieder aus allen Bereichen der Gesellschaft stammen, gehen wir davon aus, dass die Digitalisierung eine der zentralen Herausforderungen für die Zukunftsfähigkeit und die Weiterentwicklung des Zusammenlebens ist – gesellschaftlich, kulturell, politisch und ökonomisch. Daher möchten wir gerne zu Ihren Fragen im Rahmen dieser schriftlichen Anhörung Stellung beziehen:

**1) Wie beschreiben Sie die Situation von Menschen Ihrer Interessensgruppe, die sich kommunalpolitisch engagieren möchten und/oder kommunalpolitisch aktiv sind?**

Zunächst ist zwar festzuhalten, dass der Weg zu den Parteien auf kommunaler Ebene i.d.R. „digital“ möglich ist. Unsere primäre Zielgruppe, also digital affine Menschen bzw. Menschen, die die Digitalisierung in Deutschland voranbringen wollen, aber fühlen sich in den meisten Fällen weder von den Bundesparteien oder Landesparteien, noch von den kommunalen Ortsgruppen angesprochen. Dies mag i.d.R. daran liegen, dass die Organisationsstrukturen kommunalpolitischen Handelns eben über ein digitales Schaufenster (Webseite, Social Media) und elektronische Sitzungsdienste nicht hinausgehen. Wenn z.B. Mitglieder unseres Vereins gleichzeitig kommunalpolitisch aktiv sind, dann waren sie es bereits vor der Mitgliedschaft in unserem Verein. I.d.R. waren unsere Mitglieder, die kommunalpolitisch aktiv sind, schon vor dem Eintritt in den Verein entsprechend engagiert.

Gleichwohl beobachten auch wir die Entwicklung, dass ein Engagement meist nicht mehr dauerhaft, sondern allenfalls punktuell erfolgt; bspw., wenn konkrete Veränderungen (Bebauungspläne, Schulentwicklung, Umgehungsstraßen, etc.) im kommunalpolitischen Raum erfolgen. Gleichzeitig wissen wir aus unserer politischen Erfahrung, dass die Arbeit in der Kommunalpolitik wesentlich komplexer ist und nicht auf ein Engagement im Rahmen von Einzelmaßnahmen reduziert werden sollte. Insofern erscheint es uns sinnvoll, diese Komplexität i.S. der Transparenz besser öffentlich zu kommunizieren und in diesem Zuge auch die entsprechenden Ansprechpartner.

Es wäre also sinnvoll, wenn ähnlich wie bei Abgeordneten im Bundes- oder Landtag auf kommunalpolitischer Ebene ebenso ein transparentes digitales Verzeichnis aller möglichen Parteien und deren Ansprechpartner, die z.B. bei Wahlen erfasst werden, vorhanden wäre. Zumindest sollten diejenigen Parteien und ihre Vertreter, die in die Kommunalgremien eingezogen sind, erwähnt werden. Insofern sollte Transparenz vom Gesetzgeber quasi verordnet werden, damit auch jeder Bürger jeden Abgeordneten oder Vertreter eines kommunalen Entscheidungsgremiums kontaktieren kann.

Wie eingangs bereits angerissen, vermelden viele unserer Mitglieder und Dialogpartner aus dem kommunalpolitischen Raum, dass zumindest die Arbeit in den kommunalen Räten und Parlamenten inzwischen digital stattfindet; alle Entscheidungsvorlagen sind digital vorhanden und können auf einem Tablet oder PC abgerufen werden – selbstverständlich mit entsprechendem Passwortschutz, insbesondere für nichtöffentliche Sitzungen.

Ein entsprechendes Kontrastbild zeichnet die Teilhabe an politischer Willensbildung. Diese ist, wie oben dargestellt, im Rahmen der vorhandenen Organisations- und Kommunikationsstrukturen allerdings in den meisten Kommunalparteien noch „analog“, d.h. in häufig nachmittags oder abends stattfindenden Sitzungen und Veranstaltungen. Hier besteht nach unserer Ansicht deutlicher Verbesserungsbedarf, um den kommunalpolitischen Willensbildungsprozess aus den sprichwörtlichen Hinterzimmern in einen transparenten digitalen Raum zu verlagern.

## **2) Mit welchen Herausforderungen ist Ihre Interessensgruppe im Bereich politischer Beteiligung konfrontiert? Gibt es konkrete Hindernisse, die einem kommunalpolitischen Engagement entgegenstehen?**

Tatsächlich stellt sich wohl nicht nur für die meisten Mitglieder und digital affinen Menschen das Zeitproblem, sowohl angesichts der Zeiten von Sitzungen und Veranstaltungen als auch in punkto Sitzungshäufigkeit, als größte Herausforderung dar. Die in den Prozess der politischen Willensbildung eingebrachten Entscheidungen sind zudem häufig derart komplex, dass sie gar nicht vollständig erfasst werden können. Die Komplexität erwächst nicht nur aus der Sachlage als solcher, sondern oftmals auch aufgrund jahrelanger bzw. z.T. jahrzehntelanger Entwicklungen und des damit erforderlichen Hintergrundwissens. Jedoch ähneln sich die Herausforderungen in vielen Städten und Gemeinden bzw. Gremien häufig mit jenen in anderen Städten; wenn also Stadt X heute eine Entscheidung zum Thema A fällt, dann hat mit hoher Wahrscheinlichkeit Stadt Y mit der gleichen Größe mit hoher Wahrscheinlichkeit die gleiche Entscheidung in der nächsten Zeit zu treffen. Und hier würde die Digitalisierung es ermöglichen, zumindest die Argumente, die in den verschiedenen Städten ausgetauscht wurden, zu erfassen und anderen Städten zur Verfügung zu stellen. Dazu ist das Internet und dessen allgemeine Suchmaschinen häufig nicht in der Lage, da viele Entscheidungen aufgrund ihrer Nicht-Öffentlichkeit nicht für die Suche indexierbar sind.

Eine solche „Entscheidungsdatenbank“ und deren Pflege kann nur durch die Bundesländer erstellt werden und deren Pflege und aktive Nutzung entsprechend gefördert werden. So könnte dann Stadt Y aus o.a. Beispiel ggf. sogar anonym aber verifiziert das Abstimmungsergebnis und die Argumente der anderen Stadt X der Entscheidung zu Grunde legen. Oder man weiß zumindest, dass diese Herausforderung in anderen Städten nicht akut ist. Dann würde es auch noch leichter fallen, Expertise einzuholen.

### **3) Welche Bedingungen müssten sich verändern, damit eine höhere politische Beteiligung Ihrer Interessensgruppe in der Kommunalpolitik erreicht werden kann?**

Wie bereits in den beiden vorherigen Fragen angegeben, müssten die Prozesse kommunalpolitischer Beteiligung insgesamt noch digitaler und noch vernetzter ausgestaltet werden, so dass der notwendige Zeiteinsatz optimiert und auch Sitzungsintervalle verbessert werden können. Darüber hinaus können und sollten digitale Pilotvorhaben alternative Formen der Willensbildung elaborieren, so dass auf der Basis der daraus gewonnen Erkenntnisse, die digitale Teilhabe vereinfacht und verbessert werden kann. D.h., dass z.B. über Personalausweise und die entsprechenden zugehörigen Meldedaten auf einer dadurch gesicherten Internetseite kurzfristig alle für den jeweiligen Wohnort relevanten Daten für kommunale Entscheidungsträger einsehbar sind.

Neben den Fragen der kommunalpolitischen Teilhabe, die mittels digitaler Technologien verbessert werden können, muss aber, i.S. einer anwendungsbasierten Erschließung, auch um Berührungängste zu neuen Technologien abzubauen, auch die Digitalisierung der Verwaltung selbst weiter voranschreiten, so dass über positive Erfahrungen eine höhere Akzeptanz neuer, digitaler Partizipationsformen geschaffen werden kann. Hier stehen viele Kommunen noch am Anfang; aber schon die digitale Terminvergabe ohne Wartezeit zeigt aber, welche Vorteile es bringt. Wenn man zudem schon weiß, welche Unterlagen der Kommunalbeamte bei der Erledigung braucht, fällt ggf. auch ein erster Informationstermin weg.

### **4) Gibt es eine spezifische zusätzliche Belastung kommunaler Mandatsträgerinnen und Mandatsträger? Falls ja, wie kann diese bei politischen Lösungsansätzen berücksichtigt werden?**

Ja – vor allem die zeitliche Belastung ist nach unserer Einschätzung erheblich, da die Prozesse, Gremienanzahl und vor allem die Komplexität der Entscheidungen in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen haben. Insoweit müsste über eine stärkere Verlagerung und Vorbereitung auf einer Arbeitsebene nachgedacht werden. Wenngleich sich die Kommunen hinsichtlich ihrer Größe und damit Gremien- und Arbeitskomplexität unterscheiden, fühlen sich kommunale Mandatsträger unisono häufig ‚allein‘ gelassen mit schwerwiegenden Entscheidungen. Wenn dabei digitale Daten und Informationen eine zusätzliche Entscheidungsgrundlage bilden könnten, welche durch digitale kommunalpolitische Communities ergänzt würden, wäre dies ein weiterer Vorteil im Entscheidungsprozess selbst, aber auch hinsichtlich seiner Optimierung.

## **5) Welche Rolle spielt die Digitalisierung? Kann Digitalisierung kommunalpolitische Teilhabe und kommunalpolitisches Engagement verändern?**

Ja, wie bereits den Antworten zu den anderen Fragen zu entnehmen ist, kann Digitalisierung in vielfältiger Weise unterstützen. I. Die Digitalisierung hat ja bereits heute in vielen Kommunen im Bereich der Ratsarbeit und Behördenarbeit Einzug gefunden. Sie muss im Hinblick auf open government data weiter untermauert werden. Eine sukzessive Digitalisierung von Verwaltungsprozessen, beginnend mit der Daten- und Informationsbereitstellung, ist ein entscheidendes Moment um die bisherige Komplexität des kommunalpolitischen Diskurses, aber auch der entsprechenden Verwaltungstätigkeit zu reduzieren.

Das gilt auch und vor allem für die Transparenz von Entscheidungen kommunaler Gremien, d.h., diese müssen, soweit zulässig, veröffentlicht werden. Dazu kann die Digitalisierung einen wichtigen und guten Beitrag leisten. Aber auch eine breitere Teilhabemöglichkeit, kann bspw. durch die Einbindung von digitalen Kommunikationskanälen unterstützt werden. So können mit einem geringen Aufwand öffentliche Gremiensitzungen auch gestreamt werden oder Bürgerbeteiligungen und -anhörungen ebenfalls digital-interaktiv gestaltet werden.

## **6) Wie viel Einfluss haben die Rahmenbedingungen, wie z. B. steigender Zeitaufwand und Aufgabenvielfalt? Welche Angebote würden Ihrer Meinung nach Personen Ihrer Interessensvertretung eine politische Partizipation auf kommunaler Ebene erleichtern?**

Wie bereits o.a. würde die Teilnahme an digitalen Versammlungen insbesondere auf Partei- oder Fraktionsebene viele Dinge der konkreten kommunalpolitischen Arbeit der Mandats- und Funktionsträger erleichtern. Dabei müssen natürlich auch Datenschutz und -sicherheit eine Rolle spielen, sollten aber nicht als Ausschlusskriterium zur Ergreifung entsprechender Maßnahmen betrachtet werden. Solange keine adäquaten Lösungen bereitgestellt werden, wird man sich zunehmend kommerzieller Angebote bedienen. So ist eine whatsapp-Gruppe zur Entscheidungsfindung im Vorfeld einer Ratssitzung ist sicherlich nicht die geeignete Umgebung, wird aber aufgrund der Verbreitung und mangelnden Verfügbarkeit ähnlich performanter Systeme zunehmend genutzt.

Solche Instrumente sollten daher kommunalpolitisch kostenneutral zur Verfügung stehen. Insofern bereiten viele Kommunen derzeit den Umstieg von „bring your own device“ auf zentral gemanagte Endgeräte wieder um, auch wegen des Datenschutzes und aufgrund Cybersicherheit.

## **7) Welche Rolle spielt die gesellschaftliche Wertschätzung bei der Ausübung eines kommunalpolitischen Mandats?**

Die gesellschaftliche Wertschätzung spielt grundsätzlich eine hohe Rolle – ist aber in den meisten Fällen wenig bis gar nicht vorhanden. Vielmehr bekommen kommunale Mandatsträger das Gefühl vermittelt, dass sie „selbst Schuld“ daran sind, wenn sie keine Zeit für andere Dinge haben. Die mangelnde Wertschätzung geht damit einher, dass viele Bürger die demokratischen Prozesse für altbacken und unnötig halten.

Neben den Herausforderungen hinsichtlich der kommunalpolitischen Arbeit selbst, halten wir daher eine Kampagne, die den positiven gesellschaftlichen Nutzen kommunalpolitischen Engagements aufzeigt, für förderlich.

**8) Welche Weiterbildungs- oder medienpolitischen Angebote würden Ihrer Meinung nach Personen Ihrer Interessensvertretung eine politische Beteiligung in der Kommune erleichtern?**

Alle Bereiche kommunalpolitischer Entscheidungen müssen ordentlich vorbereitet bzw. die Entscheider ordentlich für ihre Entscheidung informiert und ausgebildet sein. Das gilt auch für das Verfahrensrecht u.a. Gleichwohl basiert der Erfolg der kommunalpolitischen Arbeit oftmals auf über viele Jahre aufgebauten Erfahrungswissen. Daneben sind Weiterbildungsangebote („Fit für das Mandat“) wiederum sehr zeitintensiv und stellen damit wiederum eine zusätzliche Belastung für das Zeitbudget der meist ehrenamtlichen Mandatsträger dar.

Insofern schlagen wir vor, dass vermehrt Online-Schulungen entweder durch Videos, Online-Kurse von neutraler Stelle angeboten werden. Beispiel Finnland, wo 1% der Bevölkerung binnen eines Jahres der Nutzen von KI und die Anwendungsgebiete der KI nahegebracht werden sollten (<https://www.politico.eu/article/finland-one-percent-ai-artificial-intelligence-courses-learning-training/>).

Auch können und sollten sog. Digitale Communities aufgebaut werden, die den Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen Mandatsträgern und über Kommunalgrenzen hinweg fördern.

**9) Welche politischen und gesellschaftlichen Forderungen hat die von Ihnen vertretene Interessengruppe an die politischen Akteure, um die Unterrepräsentanz von sozialen Gruppen im kommunalpolitischen Ehrenamt abzumildern?**

Die von der Landesregierung angestrebte Digitalisierung aller Angebote und Arbeitsabläufe muss sich bis auf die Kommunalebene vollziehen. Dabei kann und sollten solchen Prozessen priorisiert werden, die den größten Publikumsverkehr aufweisen, da dadurch eine gesellschaftliche Breitenwirkung entsteht. Die Prozesse müssen so ausgestaltet werden, dass Bürgerinnen und Bürger, unabhängig ihres Wohnsitzes, eine gleiche positive Digitalisierungserfahrung der öffentlichen Verwaltung machen.

Bzgl. der Teilhabe von diversen sozialen Gruppen am kommunalpolitischen Engagement, braucht es u.a. eine verbesserte, dialogfähige Digitale Präsenzen der kommunalen Organe sowie die o.g. Punkte, wie z.B. digitale (DSGVO-konforme) Zusammenarbeit und Erleichterung bei der Auffindung von Vorbefassung mit den gleichen Themen durch andere Städte und Gemeinden.

Des Weiteren müsste die mediale Kampagne zur Stärkung des kommunalpolitischen Ehrenamtes durchgeführt werden, damit die Bedeutung vor Ort wieder angemessen bewertet wird.

Wir hoffen, dass die Antworten für Ihre Beratungen hilfreich sind.

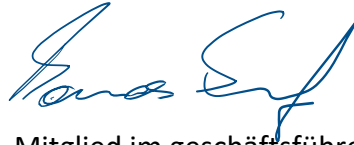
Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



René Pickard

Co-Sprecher des #cnetz e.V.



Mitglied im geschäftsführenden Vorstand und  
NRW-Beauftragter des #cnetz e.V.